



80 JAHRE NACH DER BODENREFORM IN DEUTSCHLAND

Broschüre zur Gedenkveranstaltung in Colditz
1. November 2025

Junkerland in Bauernhand!



Rottet dieses Unkraut aus!

WARUM BODENREFORM – GEDENKTAG IM SCHLOSS COLDITZ?

Vor 80 Jahren begann mit der sogenannten „demokratischen Bodenreform“ in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die tiefgreifende Umgestaltung der mitteldeutschen Gesellschaft. Für den mittelsächsischen Raum spielte das Schloss Colditz als Gefangenenlager für die Opfer der „Bodenreform“ eine bedeutende Rolle.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Deutschland zwar vom Nationalsozialismus befreit, aber unter dem Deckmantel des Antifaschismus kündigte sich in der SBZ eine zweite Diktatur an. So gleicht beispielsweise das Plakat mit dem Text „Junkerland in Bauernhand - Rottet dieses Unkraut aus“ aus dem Jahr 1945, in seiner Diktion verblüffend dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten. Indem hier Mitmenschen als Ungeziefer diffamiert werden, wird ihnen die menschliche Würde genommen. Dadurch können skrupellose Untaten an ihnen legitimiert werden. Diesem oft wenig beachteten Vorgehen der deutschen Behörden in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Militäradministration wurde auf der Veranstaltung am 1. November 2025 auf Schloss Colditz gedacht.

In der deutschen Erinnerungskultur sind die „demokratische Bodenreform“ und die Industrieenteignungen der Jahre 1945-1949 in der SBZ trotz ihres unmenschlichen und politischen Gewichts leider kaum präsent. Die Ursachen dafür sind vermutlich vielschichtig. Das Narrativ, die Machenschaften der Großgrundbesitzer und der Industriellen hätten Hitlers Aufstieg ermöglicht und das System gefestigt, befreite die restliche

Gesellschaft von unangenehmen Fragen nach Schuld und Verantwortung eines Jeden während der Zeit des Nationalsozialismus. Mithilfe dieses antifaschistischen Gründungsmythos strebten die neuen Machthaber nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes 1945 einen radikalen Gesellschaftsumbau in der SBZ an, der in den Unrechtsstaat DDR mündete, der erst 1989 vorläufig scheiterte.

Im Westen beschäftigte sich die Erinnerungskultur, ausgelöst durch die 68er-Bewegung, primär mit den NS-Verbrechen von 1933-45. Nach der Wiedervereinigung blieb es in Ost- und Westdeutschland größtenteils bei der Aufarbeitung jener Jahre. Der postulierte Antifaschismus der DDR war dafür das Hauptmotiv. Eine Aufarbeitung von Verbrechen in der SBZ und DDR hat bis heute **kaum** oder nur verklärend und beschönigend stattgefunden. Aus diesem Grund wird nach intensiven Diskussionen am 1.11.2025 über den alten und neuen Wortlaut folgende neue Gedenktafel in Colditz angebracht werden, die die alte beschönigende Bronzetafel ersetzen muss:

**SCHLOSS COLDITZ DIENTE IM HERBST
1945 ALS SAMMELLAGER FÜR SÄCHSISCHE
BÜRGERLICHE UND ADLIGE GUTSBESITZER,
DIE IM ZUGE DER SOGENANTEN
BODENREFORM ENTEIGNET
UND VERTRIEBEN WURDEN. VON HIER AUS
DEPORTIERTEN DEUTSCHE KOMMUNISTEN SIE
UNTER MENSCHENUNWÜRDIGEN BEDINGUNGEN
AUF DIE INSEL RÜGEN.
WEITERE ENTEIGNUNGSWELLEN BETRAFEN
GROSSBAUERN UND FABRIKBESITZER.
DIES VERÄNDERTE DIE LANDWIRTSCHAFT,
DIE INDUSTRIE UND DIE DÖRFLICHEN
STRUKTUREN MASSIV. ERST AB 1990 GELANG
ES WENIGEN FAMILIEN, TEILE IHRES BESITZES
ZURÜCKZUKAUFEN, UM ERNEUT IN DER
SÄCHSISCHEN HEIMAT WURZELN ZU SCHLAGEN.**

In einigen Familien aus der Gruppe der Enteigneten blieb der Wunsch über die Jahre hinweg erhalten, eines Tages in die angestammte Heimat zurückkehren zu können. Mit der Wende tat sich hier eine epochale Chance auf, die gerne von Vielen genutzt worden wäre. Aber den meisten war eine Rückkehr nicht möglich, da sich die Politik nach der Wende entschloss, die enteigneten Ländereien und Produktionsstätten, die sich noch im Besitz des Staates befanden, nicht an die ehemaligen Besitzer zurückzugeben, sondern meistbietend und getrennt voneinander zu verkaufen.

Man versprach sich von dem Verkauf des von ihren Schlössern und Herrenhäusern losgelösten Land- und Forstbesitzes und vom Verkauf der Unternehmen große Gewinne, die die Kosten der Einheit mittragen sollten.

Dass die großen Häuser mit den dazugehörigen Flächen und den damit oft langjährig verbundenen Familien eine stabile wirtschaftliche und soziale Einheit gebildet hatten, wurde dabei nicht berücksichtigt.

Die „Bodenreform“, die Industrieenteignungen und das damit einhergehenden Unrecht bedürfen dringend der öffentlichen Erinnerung. Das Ziel dieser Broschüre ist es, den Anstoß aus der Gedenkveranstaltung in Colditz zu vertiefen, das bisher nur wenig bekannte Unrecht im öffentlichen Bewusstsein sichtbar zu machen, das Schicksal der betroffenen Menschen und derer Nachkommen zu benennen und dessen in einer angemessenen Form zu gedenken. Die privat organisierte Veranstaltung anlässlich des 80-jährigen Jubiläums der „demokratischen Bodenreform“ im Schloss Colditz, in deren Zusammenhang diese Broschüre erscheint, war leider die einzige in ganz Deutschland.

Wir danken allen Mitwirkenden und vor allen Dingen dem Team des Museums Schloss Colditz, die diesen Gedenktag am 1. November 2025 ermöglicht haben.

DIE „BODENREFORM“ AM BEISPIEL GRIMMA

Es folgen einige überarbeitete Ausschnitte aus dem Aufsatz „Rottet dieses Unkraut aus“, in dem Dorothea von Below am Beispiel der Stadt Grimma die Durchführung und die Folgen der Bodenreform beschreibt:

Im heutigen Stadtgebiet Grimma wurden durch die „Bodenreform vom September 1945“ 15 Güter mit insgesamt knapp 3.000 ha entschädigungslos enteignet. Lediglich 3 Angehörige durften aus Alters- oder Krankheitsgründen in der Nähe der alten Heimat bleiben, alle anderen hatten ihr gesamtes Hab und Gut unter Repressalien verlassen müssen.

Sie wurden des Kreises verwiesen oder in Sammellager, teilweise vormalige KZ, gebracht. Im Kreis Grimma diente das Schloss Colditz als Gefängnis. Von dort wurden sie in Viehwaggons verladen und über mehrere entbehrungsreiche Tage in Lager wie Coswig oder Radeberg verbracht. Die Endstation war jedoch fast immer Rügen. Auf der Insel wurden sie unter fürchterlichen Bedingungen interniert. Besonders Alte, Kleinkinder und Kranke wurden von den körperlichen und seelischen Strapazen getroffen, manche starben, viele der Jüngeren konnten letztendlich fliehen. In ihre Heimat konnten sie nicht zurück, da sie dort erneut verhaftet und deportiert worden wären.

Das Schicksalsbuch des Sächsisch- Thüringischen Adels (Band I ISBN 3-7980-0605-9; Band II ISBN 3-7980-0606-7, weitere Exemplare sind bei Dr. Hubertus von Below zu erhalten) und das Weißbuch über die „Demokratische Bodenreform“ geben beredte Auskunft über die Einzelschicksale.

Zwei Beispiele sollen hier daraus zitiert werden:

„Wir waren 48 Personen im Viehwagen, darunter 16 kleine Kinder. Der Transport (von Coswig nach Stralsund) dauerte von Montag bis Sonnabendnachmittag. Verpflegung: Montag nichts, Dienstag nichts, Mittwoch 1 Scheibe Brot, Donnerstag ein paar rohe Kartoffeln, dann erst wieder Sonnabend auf der Insel Rügen eine dünne Suppe. [...] Erschütternd war das Jammern der von Hunger und Durst gequälten Kinder.“

„Schlimm waren die Gerüchte, was weiter mit uns geschehen würde, Rache für die Judenverfolgungen, Sibirien, irgendwo aufs tote Gleis und verhungern lassen...

Am anderen Morgen um sieben Uhr wurden wir auf Trecker verladen, jeder auf seine Sachen, und bei Sonnenaufgang gings los. Ich kann diese letzte Fahrt nie vergessen, ein paar von unseren Leuten wollten den Wagen nicht loslassen und weinten, ein Bauer reichte uns eine Flasche Milch hinauf, der Schweizer (Melker) weinend 50 Mark!“

Den Nachnutzern der enteigneten Güter und allen, die es glauben wollten, wurde erzählt, die „Ausbeuter und Kriegstreiber hätten ihre Höfe verlottern lassen und seien nun vor der Verantwortung in den Westen geflohen“. Der Dorfbevölkerung und den Landarbeitern, die die Verhältnisse vor Ort kannten, konnte man freilich mit solchen Märchen nicht kommen.

Die entstandenen Neubauernhöfe waren in der Regel zwischen 5 und 8 ha groß. Die Neubauern waren nicht in die vollen Eigentumsrechte eingesetzt worden: das Land war nicht verkäuflich oder beleihbar, es

konnte auch nicht verpachtet werden. Konnte der Boden durch den Neubauern nicht mehr bewirtschaftet werden, musste das Land zurückgegeben werden. Das vom Staat unrechtmäßig erworbene und an die Neusiedler „verliehene“ Land bot den Neusiedlern die Möglichkeit, sich und ihre Familien unter schwersten Bedingungen am Leben zu erhalten und eine neue Heimat zu schaffen. Allerdings waren nicht genügend Gebäude vorhanden, die beschlagnahmten Gerätschaften waren auf größere Flächen ausgelegt und konnten in den kleinen Parzellen kaum eingesetzt werden, Zugvieh fehlte und dessen Ernährung konnte nicht von den kleinen Flächen gewährleistet werden. Nicht zuletzt verfügten nur ca. 40 % aller Neubauern über landwirtschaftliche Kenntnisse. Die Zukunftsperspektiven dieser Kleinstbetriebe waren somit von Anfang an äußerst begrenzt, aus den Akten des Staatsarchivs Leipzig geht hervor, dass viele der Neubauern ihr Land nach wenigen Jahren zurückgaben.

Edwin Hoernle, der Landwirtschaftsexperte der KPD und Vordenker der „Bodenreform“, sprach von der „Ausrottung“ und „Liquidierung der Feudalklasse“. Stolz bemerkte er, dass es gelungen sei, „binnen acht Wochen die fünf Länder und Provinzen der sowjetischen Okkupationszone junkerrein zu machen“, so zitierte ihn Dr. Donath in einem Festvortrag am 2. Oktober 2012 in Colditz anlässlich der Einweihung einer ersten Gedenkplatte für die Opfer der „Bodenreform“.

Der Ausdruck „Reform“ impliziert eine – laut Duden – „planmäßige Neuordnung, Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden (ohne Bruch mit den wesentlichen geistigen und kulturellen Grundlagen)“. Davon konnte bei den Vorgängen um die Enteignungen der Großgrundbesitzer in der sowjetischen Besatzungszone jedoch kaum die Rede sein noch

weniger von einer „demokratischen“ Bodenreform, als die sie in die Geschichte eingegangen ist.

Walter Ulbricht hatte darauf spekuliert, dass sich die landarmen Bauern nach dem Ende der NS-Herrschaft spontan gegen die Rittergutsbesitzer erheben und auf eigene Faust Enteignungen vornehmen würden, was aber nicht geschah. So musste – anstelle der Revolution von unten – die Durchführung der Bodenreform am 10. September 1945 als Verordnung von der Landesverwaltung Sachsen erlassen werden.

Um die Enteignung und Entrechtung der Großgrundbesitzer zu legitimieren, wurde ein in allen totalitären Systemen bewährter Kunstgriff verwendet: die Benennung eines Sündenbocks. Indem man ihnen pauschal die Verantwortung für den Faschismus aufbürdete, hatte sich die restliche Gesellschaft vermeintlich eines Großteils der Faschisten entledigt. Es lässt sich denken, dass es nach dem Untergang des Nationalsozialismus kaum Widerstand von anderen Beteiligten gegen diese Verfahrensweise gab. Und natürlich hat es unter den Gutsbesitzern – wie in jeder anderen Gesellschaftsschicht – auch Täter gegeben.

Nun wurden jedoch alle Grundbesitzer mit Flächen um 100 ha in der sowjetischen Besatzungszone mit dem Begriff Junker gebrandmarkt, der suggerierte, es handele sich um adlige Großgrundbesitzer. Allerdings waren z.B. von den 15 Enteigneten im heutigen Stadtgebiet Grimma nur 2 Güter in adliger Hand. Dennoch wurden pauschal alle Betroffenen als „Naziaktivisten“ und Kriegsverbrecher abgestempelt.

Dem Abschlussbericht über die Durchführung der Bodenreform vom 23.12.1945 der Kreiskommission für Bodenreform an die Militärregie-

rung des Kreises Grimma ist zu entnehmen, dass die Aufteilung der Güter nicht immer auf Zustimmung der Landbevölkerung stieß: „Es machte sich auch eine besondere Stimmung [...] bemerkbar, die sich gegen eine Aufteilung der Güter richtete und die Landarbeiter für eine gemeinsame Bewirtschaftung der Güter interessierte. [...] Es bedurfte erst eines besonders energischen Hinweises der Kreiskommission, dass, wenn die Güter nicht unverzüglich restlos aufgeteilt würden, eine neue Beschlagnahme durch die Kreiskommission erfolgen und die Güter mit Umsiedlern neu belegt werden würden, welche dann beweisen könnten, dass die bisher noch gemeinsam bewirtschafteten Güter innerhalb von 8 Tagen vollständig aufgeteilt wären.“

Man hatte im Grundsatzprogramm der KPD vom 10. Juni 1945 noch versprochen, dass die Enteignungen „in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden“. Die Präambel der Übereignungsurkunden für das Bodenreformland beschwor: „Der Grundbesitz soll sich in unserer Deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.“

Und auch Otto Grothewohl verkündete am 15.11.1950 in seiner Regierungserklärung, dass „die Regierung der DDR nicht die Absicht habe, nach den Wahlen Maßnahmen zur Kollektivierung in der Landwirtschaft zu ergreifen“. Keine dieser Versprechungen oder Beteuerungen wurde eingehalten, stattdessen wurde die Täuschung bewusst als Methode eingesetzt, um die Bevölkerung ruhig zu halten.

Alexandre Koyré beschreibt dieses Phänomen als „totalitäre Lüge, die sich nicht um Glaubwürdigkeit bemüht, die Adressaten werden viel-

mehr durch Kontrolle und Repression zum Glauben an die propagierten „Wahrheiten“ genötigt.“ Walter Ulbricht drückte es in seiner Direktive an die Funktionäre der KPD so aus: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Was der Bevölkerung also als „demokratische Bodenreform“ verkauft wurde – und in der Erinnerungskultur immer noch so benannt ist – war eine gezielte Zerschlagung jener Schicht landwirtschaftlich Tätiger, die über einen langen Zeitraum mit ihrem Besitz, ihrer Kultur und ihrer Tradition eine führende Rolle im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehen gespielt haben. Es war der Beginn der Sowjetisierung der Landwirtschaft und die Begründung der staatstragenden Ideologie des Antifaschismus der DDR.

Aber der Umbau der Gesellschaft betraf nicht nur die Großgrundbesitzer durch die Bodenreform, sondern auch Industrielle. Im Oktober 1945 erließ die sowjetische Militäradministration (SMAD) die Befehle Nr. 124 und 126, auf deren Grundlage viele Unternehmer als vermeintliche Kollaborateure des NS-Regimes verhaftet und enteignet wurden. Oft kämpften die Angehörigen erfolglos um deren Rehabilitation und Entlassung, auch wenn es sich um anerkannte Gegner des NS-Regimes handelte. Bis 1948 wurden so fast 9.300 Betriebe im Gebiet der SBZ enteignet, mehrere tausend Unternehmer starben in den Lagern an den katastrophalen hygienischen Bedingungen und an Unterernährung.

Auch in den anderen sowjetisch besetzten osteuropäischen Staaten wurden Angehörige des Adels und Großgrundbesitzer systematisch enteignet und vertrieben oder ermordet. Da in diesen Ländern keine westliche

Besatzungszone vorhanden war, in die die Betroffenen hätten fliehen können, war die Vernichtung des Adels dort deutlich totaler. Bis heute ist der Adel in diesen Gesellschaften nicht mehr sichtbar.



DIE GEDENKVERANSTALTUNG AM 1. NOVEMBER 2025

Die Grußworte des Superintendenten und Pfarrers Dr. Jochen Kinder, des sächsischen Landwirtschaftsministers Georg-Ludwig von Breitenbuch, des Landrats des Landkreises Leipzig, Henry Graichen, des Bürgermeisters der Stadt Colditz, Robert Zillmann und der Museologin Regina Thiede vom Schloss Colditz betonten die Notwendigkeit der Erinnerung und der Aufarbeitung dieser Verbrechen.

Der Historiker Dr. Matthias Donath führte die Teilnehmer mit seinem fundierten, historischen und wissenschaftlichen Überblick in dieses Thema ein. Er legte dabei dar, dass inzwischen auch die sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Nancy Aris, in einer Pressemitteilung vom 29.8.2025 die Bodenreform als ein „Unrecht mit weitreichenden Folgen“ bezeichnet hat. Siehe Link:

<https://lasd.landtag.sachsen.de/de/80-jahre-bodenreform-erinnerung-an-ein-unrecht-mit-weitreichenden-folgen-32165.cshtml>

Im Nachdenken über die Seligpreisungen der Bergpredigt vertiefte der Colditzer Pfarrers Ulrich Jasmer die Thematik. Die Lieder „Wir pflügen und wir streuen“ und „Von guten Mächten wunderbar geborgen“ umrahmten die Andacht, die mit der Kranzniederlegung für die Opfer der Bodenreform in die Podiumsdiskussion überleitete. Die persönlichen Berichte von Zeitzeugen selbst oder von Nachkommen der Betroffenen vermittelten den Teilnehmern ein genaueres Verständnis für die Strapazen und Folgen der Vertreibung und

Entrectung. Die musikalische Begleitung durch Prof. Adam Jones und seine Frau Mariko Mitsuyu mit Stücken wie "Lied ohne Worte" von Mendelssohn-Bartholdy oder "Don't say Goodbye" von Francis Chagrin und andere passende Werke schuf dafür eine getragene Atmosphäre.



ZEITZEUGENBERICHT VON DR. RÜDIGER FREIHERR VON SCHÖNBERG

An Einzelschicksalen, wie hier am Beispiel der Familie von Schönberg aus Thammenhain bei Wurzen, lässt sich der Umgang mit adeligen Landesbesitzern nachvollziehen. Als fünfjähriges Kind erlebte Dr. Rüdiger von Schönberg die Vertreibung und schilderte die Ereignisse eindrücklich:

„Im Oktober 1945 musste meine Familie unsere angestammte Heimat verlassen und wurde in das Schloss Colditz abtransportiert. Dort wurden wir drei Wochen lang in erbärmlichen Verhältnissen festgehalten und anschließend mit den anderen Inhaftierten in Viehwaggons verladen. Ohne Kenntnis, was mit uns geschehen würde, dauerte die Fahrt sieben Tage, auf engstem Raum zusammengedrängt, unter katastrophalen hygienischen Umständen und bei mangelhafter Verpflegung. Während eines der stundenlangen Aufenthalte auf einem Bahnhof versuchte mein Vater, Wasser für meinen wenige Monate alten Bruder zu holen und wurde dabei vom Wachpersonal brutal zusammengeschlagen.

In Stralsund endete die Fahrt, wir stolperten entkräftet aus den Zügen und überquerten den Rügendamm bei eisigem Wetter zu Fuß. Von dem uns zugewiesenen Lager wurden wir auf den umliegenden Gütern zur Arbeit angewiesen. Auf Rügen starb meine Großmutter Josepha, sie hatte, wie viele der Älteren, auf ihre spärlichen Essensrationen verzichtet, um es an uns Kinder zu geben und war in der Folge der Erschöpfung und Unterernährung erlegen. Schließlich gelang unserer Familie die Flucht in den Westen, jedoch mussten wir unser gesamtes Hab und Gut zurücklassen.“ Trotz dieser traumatischen Vertreibungsgeschichte

bestand nach der Wende 1990 der Wille zur Rückkehr. Und so kaufte Dr. Rüdiger von Schönberg sein ehemaliges Familienanwesen teilweise zurück. Heute ist seine Familie wieder fester Bestandteil des Ortes, auf dem Anwesen werden regelmäßig Konzerte ausgerichtet.



DRUCKEREI BODE AUS GRIMMA

Wie mit Unternehmerfamilien verfahren wurde, kann am Beispiel der Familie Bode aus Grimma nachvollzogen werden, welche seit 1883 eine Druckerei in Grimma besaß und die Lokalzeitung „Nachrichten für Grimma“ herausgab. Im Gegensatz zu den Adelsfamilien, welche vollständig deportiert wurden, wurden bei den Unternehmern meist nur die Inhaber oder Geschäftsführer selbst verhaftet, Frauen und Kinder blieben zurück und mussten der Beschlagnahmung ihres Eigentums hilflos zusehen. So auch in Grimma, nachdem die Sowjets dort im Mai 1945 die Kontrolle übernommen hatten. Dr. Werner Bode, der den Druckerei- und Zeitungsverlag in Grimma besessen und geführt hatte, wurde 1946 verhaftet und starb 1948 im sowjetischen Sammellager in Mühlberg an der Elbe. Der Betrieb wurde im Dezember 1946 enteignet, den Hinterbliebenen wurde das private Hab und Gut genommen und sie wurden so drangsaliert, dass sämtliche Familienangehörige in den Jahren danach in den Westen flohen. Die Druckerei war während der deutschen Teilung Teil verschiedener Kombinate und kam nach der Wiedervereinigung in den Besitz der Treuhand. Christoph Bode, der Sohn des ehemaligen Besitzers, entschloss sich nach der Wende, den Betrieb zurückzukaufen und kehrte in die sächsische Heimat zurück. Ab 1991 erschienen die „Nachrichten für Grimma“ wieder in der Region, sie konnten sich aufgrund des Konkurrenzdrucks mit den großen Regionalzeitungen aber nur bis 1999 halten. Die Familie lebt jedoch weiterhin in Grimma.

AUS DEM LEBEN DES UNTERNEHMERS PROF. HANS J. NAUMANN

Ein Beleg für eine erfolgreiche Rückkehr trotz der Vertreibung aus der Heimat ist das Lebenswerk von Prof. Hans J. Naumann, der im Jahr 1935 als Sohn eines Rittergutsbesitzers in Zschorna bei Wurzen aufwuchs. Auch seine Familie wurde 1945 enteignet und in Colditz inhaftiert, es gelang die Flucht nach Hamburg. Dort absolvierte Hans J. Naumann bis 1960 eine Lehrausbildung und ein Studium zum Maschinenbau, auf das ein BWL-Studium in Amerika folgte, das er dort 1965 abschloss. Mit dem nötigen Fachwissen ausgestattet, gelang es Naumann im Bereich des Werkzeugmaschinenbaus mehrere entscheidende Patente zu entwickeln. Davon beeindruckt, ernannte ihn der Inhaber der Hegenscheidt GmbH in Schondorf am Ammersee zu seinem Nachfolger als Geschäftsführer. Diese Firma führte Naumann von 1970 bis 1982 zu weltweiter Bekanntheit. Danach übernahm er verschiedene Firmen im Bereich des Werkzeugmaschinenbaus mit weltweiten Standorten, und dem Firmensitz in den USA. Als ihn die Nachricht vom Fall der Mauer erreichte, zog es ihn in die sächsische Heimat zurück. Er investierte in Chemnitz und gründete dort 1992 die Niles-Simmons GmbH. Diese übernahm 2001 die Hegenscheidt-MFD GmbH in Erkelenz und wurde damit das erste ostdeutsche Unternehmen, das in diesem Bereich einen großen westdeutschen Betrieb übernahm. Naumanns Unternehmen sind mittlerweile in der NSH-Group zusammengefasst und beschäftigen weltweit ca. 1.600 Mitarbeiter, ein großer Teil der Produktion im Bereich des Werkzeugmaschinenbaus für die Luft- und Raumfahrt, die Eisenbahn und die Herstellung von LKW findet nun in Chemnitz statt.

Dieser für die Region wichtige wirtschaftliche Faktor erwuchs aus einer aktiven Verarbeitung der Geschehnisse im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Umwälzung nach dem Krieg in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Prof. Hans J. Naumann hat mit seinem ehrenamtlichen Engagement für die Kultur und die Wissenschaft die Stadt Chemnitz und Sachsen außerordentlich bereichert.



Hans J. Naumann verbrachte seine Kindheit auf Schloss Zschorna bei Wurzen

FAMILIE SCHLOBACH IN COLDITZ

Ein Beispiel für eine Unternehmerfamilie, deren Mitglieder nicht in den Westen flohen, sondern mit ihrem Unternehmen die ganze DDR durchstanden und deren Nachkommen auch heute noch in der Stadt leben und wirken, ist Familie Schlobach aus Colditz. Seit 1826 betrieb die Familie in Colditz eine Mühle, zum Kriegsende 1945 waren die Brüder Carl Rudolf und Felix Schlobach Inhaber und Geschäftsführer der Mühle. Im Oktober 1945 wurde Carl Rudolf Schlobach unter falschen Anschuldigungen verhaftet und der Betrieb gemäß des SMAD-Befehls Nr. 124 sequestriert. Trotz mehrerer Versuche der Hinterbliebenen den Sachverhalt aufzuklären und Carl Rudolf aus der Haft zu befreien, erhielten sie 1946 lediglich die Meldung, dass er im Speziallager Nr. 1 der NKWD in Mühlberg verstorben war. Nachdem die Bestimmungen des Befehls Nr. 124 im selben Jahr größtenteils wieder zurückgenommen worden waren, konnte Felix Schlobach zumindest das Unternehmen zurückerhalten. Trotz dieser tragischen Ausgangslage verlor die Familie nie ihren Unternehmergeist. So entwickelten der Sohn von Carl Rudolf Schlobach mit seiner Frau in den 60er und 70er Jahren mehrere neue Produkte wie Instant-Grieße, Backmittel und das berühmte anona-Softeis und konnten auch während der Verstaatlichung des Unternehmens ab den 1970er Jahren Geschäftsführer des VEB Nahrungsmittelwerk Colditz bleiben und die Umwandlung von der Mühle in den Nahrungsmittelbetrieb leiten. Nach der Wende stellte die Familie Antrag auf Reprivatisierung und durch Tatkraft, Innovationsdrang und der Hilfe von Westdeutschen Investoren entwickelte sich der Betrieb, nun „anona“ genannt, zu einem modernen Marktführer mit über 600 Beschäftigten.

GEDANKEN ZU DEN GENERATIONSÜBER- GREIFENDEN SPÄTFOLGEN VON ASTRID FREIFRAU VON FRIESEN-SELLO

Enteignung, Vertreibung und Demütigungen belasteten nicht nur diejenigen, die unmittelbar davon betroffen waren, sondern auch deren Nachkommen, wie Astrid Freifrau von Friesen-Sello den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung darlegte. In ihrem Buch „Der lange Abschied“ beschreibt sie dieses Phänomen ausführlich, das erstmals in der Forschung über die generationsübergreifende Traumatisierung von Holocaustüberlebenden bekannt wurde. Eine zentrale Rolle spielt dabei die eigene fehlende Aufarbeitung des Erlebten, sei es aus Schamgefühl oder aus einer Abwehrhaltung, um den schmerzhaften Erinnerungen zu entgehen. Oft haben sich dadurch irrationale Verhaltensweisen internalisiert, die Opfer leiden teils unter Depressionen oder anderen Verhaltensstörungen und geben die entwickelten negativen Verhaltensmuster unbewusst an ihre Kinder und Kindeskinde weiter, weil sie mit ihren unerkannten Problemen allein gelassen worden sind. Bis heute kämpfen viele der betroffenen Familien mit den psychologischen Spätfolgen. Erst seit der Jahrtausendwende wird diesem Thema in Forschung und Gesellschaft vermehrt Aufmerksamkeit gewidmet, was der Aufarbeitung in den Familien dienen kann.

WIEDERBELEBUNG EINES „VERLORENEN“ ORTES DURCH FAMILIE VON BELOW

Auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen wurden von etwas mehr als 1000 Schlössern, Herrenhäusern und Burgen zwischen 1945 und 1952 etwa 215 bewusst auch aus ideologischen Gründen zerstört, indem sie als Baumateriallieferant missbraucht, abgerissen oder gesprengt wurden. Feudalismus und Christentum passten nicht in die neue antifaschistische Zeit. 255 sächsische Schlösser und Herrenhäuser, die ganz oder teilweise zum Abbruch bestimmt und dem Zerfall preisgegeben waren, überstanden die Zerstörungswelle. Spätere ebenfalls ideologisch motivierte Sprengungen ab 1952 wie z.B. das Schloss Rötha 1969, die Universitätskirche Leipzig 1968, die Sophienkirche in Dresden 1962 und das Schloss Döben von 1955 bis 1972 sind dabei wissenschaftlich noch nicht erfasst worden. Daher möchten wir speziell die Geschichte des Dorfes Döben dokumentieren:

Einigen Familien gelang nach der Wende die erfolgreiche Wiederbelebung und Sanierung ihrer angestammten, aber in den Jahren der DDR heruntergewirtschafteten Familiensitze, in anderen Fällen konnten Besitzungen von Verwandten oder anderen Enthusiasten erworben werden. Das Schloss Döben bei Grimma war nach den letzten Kampfhandlungen des Krieges leicht beschädigt und diente nach der Vertreibung der Familie von Böhlau 1945 zur Unterbringung von Flüchtlingen. Jedoch setzte die SED- Kreisleitung das historisch bedeutsame Gelände gezielt dem Verfall aus und ließ die altherwürdige Burg zwischen 1955 und 1972 sprengen. Die Wirtschaftsgebäude wurden so lange von der

LPG – Freie Erde Döben genutzt, bis sie zusammenbrachen oder einem Brand zum Opfer fielen.

Diese Ruinen wurde von der Treuhandanstalt an einen entfernten Verwandten der ehemaligen Besitzerfamilie, Karl Friedrich von Below, verkauft, dessen Familie 1945 aus Ostpreußen in den Westen geflohen war. Die entschädigungslos enteignete, vertriebene und nicht restituierte Familie von Hoening O'Carroll, die Erben der Familie von Böhlau und des Schlosses Döben, gingen dabei leer aus.

Die Familie von Below bemüht sich seither, das Gelände zu pflegen, die ehemaligen Stallungen zu restaurieren und einer würdigen Nutzung zuzuführen. Seit 1995 ist der Wiederaufbau maßgeblich mit Hilfe der unteren Denkmalbehörde der Stadt Grimma (Paul Unteidig) und der Architekten Ulrich Bode und Sabine Schneider möglich geworden. Die irreversibel gesprengte Burg wird sich wohl nicht wieder aufbauen lassen. Seit 1996 kommen jährlich Schüler aus dem Agricola Gymnasium Glauchau auf das Schlossgelände. Das Projekt „Schüler adoptieren Denkmäler“ steht unter der Schirmherrschaft des sächsischen Kultusministeriums und ermöglicht den Schülern, sächsische Geschichte durch Arbeiten an den Ruinen hautnah zu erfahren.

Auch ein Brandanschlag im Jahr 2004 konnte die Wiederbelebung des Schlosshofes nicht zum Erliegen bringen, vielmehr findet der Schlosshof mit den noch erhaltenen Gebäudestrukturen, den Burgruinen und dem Pavillongarten von Jahr zu Jahr immer mehr Beachtung als Besuchermagnet in der Muldentallandschaft. Die Vielzahl an Veranstaltungen, die

in den Räumlichkeiten und auf dem Hof stattfinden, macht das Leben im ländlichen Raum attraktiv, so dass sich das Dorf Döben, das nach der Wende wie ausgestorben wirkte, inzwischen mit jungen Familien füllt.



Bitte sehen Sie es uns nach, dass wir Personenbezeichnungen aus Gründen der besseren Lesbarkeit und des Sprachflusses in der bisher üblichen Form verwendet haben. Unsere Hochachtung gilt allen Beteiligten, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität.

Diese Veranstaltung war ein Gemeinschaftsprojekt und konnte nur im gegenseitigen Vertrauen organisiert werden. Die Bereitschaft, sich diesem zu oft verdrängtem Thema zu stellen, ist 80 Jahre später immer noch ein Wagnis.

Es hat alles in Polenz, mit der großen Unterstützung von dem Polenzer Verein Einigkeit 4 e.V. und Prof. Adam Jones begonnen, der Cara Canzler, geb. von Trebra, ermutigt hat, diese Geschichte zu erzählen. Zusammen mit Dr. Hubertus und Dorothea von Below, die unweit von Colditz in Döben bei Grimma seit der Wiedervereinigung Erfahrungen sammelten, konnte diese wichtige geistliche, aber auch geschichtlich aufklärende Veranstaltung entstehen.

Ohne die Bereitschaft von Dr. Christian Striefler, Frau Nancy Baumert, Frau Regina Thiede und das ganze Team auf Schloss Colditz wäre dieser Gedenktag an diesem wichtigen Ort nicht entstanden.

Ein besonderer Dank gilt allen Mitwirkenden für Ihre Unterstützung:

Superintendent Dr. Jochen Kinder
Pfarrer Ulrich Jasmer
Landrat Henry Graichen
Bürgermeister Robert Zillmann
Sächsischer Landwirtschaftsminister,
MdL Georg Ludwig von Breitenbuch
Dr. Matthias Donath

Freifrau Astrid von Friesen-Sello
Dr. Rüdiger Freiherr von Schönberg
Dr. Leopold von Carlowitz
Mariko Mitsuyu
Prof. Adam Jones
Anton Vosberg

SACHSEN



Diese Maßnahme wurde mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes und hat damit eindrucksvoll die Wichtigkeit dieses Gedenktages belegt.



Die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED Diktatur Dr. Nancy Aris hat mit der Pressemitteilung im August 2025 diese Bedeutung sehr deutlich gemacht.



Wir danken außerdem dem Muldental TV und dem Deutschlandfunk für ihre Berichterstattung, die über diese Links einzusehen sind:

.....://...../.....?.....

.....://...../.....

ddr-folgen-auch-80-jahre-spaeter-noch-spuerbar-100.html

